

Redeschlacht um Schulzuteilungen

Kantonsparlament will nicht an den festgelegten Sekundarschulkreisen rütteln

STEFAN GYR

Mit deutlichem Mehr hat der Landrat eine Petition gegen Schülerverschiebungen zwischen dem Waldenburger- und dem Reigoldswilental abgelehnt.

Vor der Landratsitzung warben einige Mitglieder der IG «Mir gönge i eusem Tal in dSek» vor dem Regierungsgebäude nochmals für ihre Petition mit 5114 Unterschriften. Sie drückten den vorbei eilenden Parlamentsmitgliedern gelbe Flugblätter in die Hand, auf denen sie den Landrat baten, Verschiebungen von Schülerinnen und Schülern zwischen dem Waldenburger- und dem Reigoldswilental zu verhindern. Doch die Aktion blieb ohne Erfolg: Nach einer einstündigen Redeschlacht lehnte der Landrat gestern die Bittschrift mit 63 zu zehn Stimmen bei neun Enthaltungen ab.



Flugblattaktion. Eltern betroffener Schüler mit Regierungsrat Urs Wüthrich (l.). Foto Henry Muchenberger

BEGERLICHKEITEN. Bereits die Petitionskommission hatte sich mit sechs zu einer Stimme gegen das Anliegen gestellt. Gebe das Parlament der Forderung nach, würde das unweigerlich Begehrlichkeiten aus



landrat
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

anderen Regionen des Kantons nach sich ziehen, sagte Kommissionspräsidentin Agathe Schuler (CVP). Inzwischen sind auch in Allschwil Proteste gegen Schülerversetzungen nach Oberwil laut geworden.

Schuler verwies aber auf den Grundsatzentscheid zu den Sekundarschulkreisen und -standorten, den der Landrat im vergangenen August nach ausführlichen Beratungen mit deutlichem Mehr gefällt habe. Zum heutigen Zeitpunkt gebe es keinen Grund, an diesem

«sorgfältig und umsichtig» getroffenen Entscheid zu rütteln, erklärte Nelly Dambach (SP). Die Schulwege vom einen ins andere Frenkental seien zumutbar.

Auch die Sprecher von CVP/EVP, FDP und SVP erteilten der Petition mit Verweis auf den Landratsbeschluss eine Absage. Die Grünen unterstützten das Anliegen mehrheitlich. Elfjährigen Kindern dürften keine Schulwege von über einer Stunde zugemutet werden, sagte Grünen-Spre-

cher Jürg Wiedemann. Mit diesen Zwangsversetzungen würden Kinder auch aus ihrem sozialen Umfeld gerissen.

Für die Petition setzen sich auch Ratsmitglieder aus dem Waldenburgertal wie Monica Gschwind (FDP) ein. Der Schulweg ins Reigoldswilental sei wegen der topografischen Verhältnisse mit dem Velo nicht zu bewältigen, und wer mit dem Bus fahre, müsse heute lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Dagegen erklärte Karl Willmann (SVP), hier werde

«auf ganz hohem Niveau gemammert». Betroffen seien vier Kinder, sagte Paul Wenger (SVP). Er mutmasste, mit dem Sparpaket würden wohl schmerzhaftere Massnahmen auf den Tisch kommen.

Regina Vogt (FDP) kündigte einen Vorstoss ihrer Fraktion für eine Härtefallregelung an. Von mehreren Seiten kritisiert wurde die Informationspolitik bei den Schülerverschiebungen. Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) versicherte, die Schulzuteilungen würden von den Schulleitungen «sehr sorgfältig» vorgenommen. Dabei werde die Situation jedes einzelnen Schülers betrachtet.

VOLKSINITIATIVE. Nach kurzer Diskussion lehnte der Landrat danach auch eine Motion gegen Zwangsversetzungen mit 51 zu zwölf Stimmen bei sechs Enthaltungen ab. Eingereicht hatten den Vorstoss Jürg Wiedemann (Grüne), Sabrina Mohn (CVP) und Paul Wenger (SVP). Gemäss der Motion sollten Sekundarschüler in der Regel die nächstgelegene Schule besuchen.

Ausnahmen sollten erlaubt sein, wenn entweder die Eltern einer Einteilung in eine weiter entfernte Schule zustimmen oder eine solche Einteilung aus disziplinarischen Gründen unumgänglich ist. Die gleichen Forderungen erhebt eine Volksinitiative, die am nächsten Donnerstag eingereicht wird.

nachrichten

Schulklassen sollen erhalten bleiben

SP-MOTION. Baselbieter Schulklassen sollen bis auf Sekundarstufe nur noch aufgelöst werden dürfen, wenn sie weniger als 15 Kinder umfassen. Eine SP-Motion mit dieser Forderung hat der Landrat am Donnerstag mit 44 zu 34 Stimmen an die Regierung überwiesen. Die SP-Motion will erreichen, dass möglichst wenige bestehende Klassen aufgelöst oder zusammengelegt werden – Schulbetrieb und Leistung der Kinder würden darunter leiden. Die Regierung wollte den Vorstoss entgegennehmen. Neben der SP stellten sich auch CVP/EVP-Fraktion und Grüne hinter die Forderung. FDP und SVP sagten Nein.

Peter Holinger wird neuer Strafrichter

STILLE WAHL. Der Liestaler SVP-Landrat Peter Holinger wurde vom Parlament in stiller Wahl zum Strafrichter für die Amtsperiode von 2010 bis 2014 gewählt. Holinger ersetzt seinen Parteikollegen Peter C. Brandenberger, der Anfang Jahr aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten ist.

Vorschlagsrecht der Lehrer soll fallen

SCHULLEITER. Der Lehrerkonvent soll bei der Anstellung eines Schulleiters wohl noch ein Mitspracherecht im Schulrat, aber kein Vorschlags- und Empfehlungsrecht mehr haben. Der Landrat hat gestern eine Motion von Rolf Richterich (FDP), die auf eine entsprechende Teilrevision des Bildungsgesetzes abzielt, gegen den Widerstand der Sozialdemokraten mit 55 gegen 26 Stimmen überwiesen.

Auch auf Hauptstrassen soll Tempo 30 möglich sein

Postulat von Christine Koch (SP) wird überwiesen

THOMAS GUBLER

Die Regierung wird gebeten, Möglichkeiten zu prüfen, wie Tempo 30 auf bestimmten Hauptstrassenabschnitten eingeführt werden kann.

Mit ihrem Vorstoss wollte die Aescher SP-Landrätin Christine Koch ein Bundesgerichtsurteil vom September 2010 auch im Baselbiet zum Durchbruch verhelfen, wie sie erklärte. «Ausnahmsweise und bei besonderen örtlichen Gegebenheiten», so das höchste Schweizer Gericht, «kann auch ein Hauptstrassenabschnitt in eine Tempo-30-Zone einbezogen werden, namentlich in einem Ortszentrum oder in einem Altstadtgebiet.» Dies eröffne den Gemeinden, auf deren Hauptstrassen aufgrund unterschiedlicher Nutzungen ein kunterbuntes Nebeneinander von verschiedenen Verkehrsteilnehmern bestehe, neue Möglichkeiten, so Koch. Entsprechend bat sie den Regierungsrat,

unter dem Gesichtspunkt der neuen Ausgangslage «die Tempo-Regelungen auf Hauptstrassen zu überdenken und darüber zu berichten».

KEINE GARANTIE. Die Regierung war bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Dem widersetzte sich jedoch die SVP. Tempo 30 auf Hauptstrassen sei an ganz bestimmte Voraussetzungen gebunden, meinte der Bottminger Landrat Hanspeter Weibel. Eine generelle Regelung brauche es daher nicht. Und abgesehen davon, so Weibel weiter, sei Tempo 30 unter dem Aspekt der Sicherheit absolut kein «Allerweltsheilmittel». Unterstützung erhielt er dabei von einer Mehrheit der FDP-Fraktion.

Mit den Stimmen von SP, Grünen, CVP/EVP und einer FDP-Minderheit wurde das Postulat schliesslich aber mit 48 gegen 33 Stimmen überwiesen.

Numerus clausus abgelehnt

Landrat will keine Zulassungsbeschränkung für ausländische Studenten

THOMAS GUBLER

Überaus deutlich mit 53 zu 21 Stimmen hat der Landrat gestern eine Motion von Georges Thüring (SVP) zur Einführung eines Numerus clausus für Studierende aus dem Ausland abgelehnt. Das Anliegen stehe quer in der Landschaft.

In den letzten zehn Jahren habe die Zahl der Studierenden aus dem Ausland um 70 Prozent zugenommen, machte SVP-Landrat Georges Thüring geltend. Ohne geeignete Massnahmen drohe eine nicht mehr zu bewältigende Kostenexplosion. Mit einer Motion wollte der Laufentaler deshalb den Regierungsrat beauftragen, im Rahmen der Uni-Trägerschaft darauf hinzuwirken, dass so rasch wie möglich Massnahmen wie ein Numerus clausus für Studierende aus dem Ausland, Aufnahmeprüfungen und weitere Zulassungsbeschränkungen ergriffen werden.

Die Regierung lehnte die Motion ab. «Der Zustrom ist moderat und willkommen – besonders bei den Naturwissenschaften», sagte Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP). Ausländische Studenten würden häufig nach dem Studium in der Schweiz weiterarbeiten. Und wenn nicht, kehrten sie als positive Botschafter nach Hause zurück. Zudem, so der Bildungsdirektor weiter, bestehe bereits ein Numerus clausus: «Wer in seinem Heimatland über keinen Studienplatz verfügt, erhält auch bei uns keinen.»

SVP ALLEIN. Ausserhalb seiner SVP-Fraktion fand Georges Thüring für seinen Vorstoss keine Unterstützung. «Wir sind dagegen, dass ein Numerus clausus für eine spezielle Kategorie Studierenden eingeführt wird», erklärte Marc Joset namens der SP-Fraktion. Für das Renommee der Uni Basel sei die Leistung

der Studierenden ausschlaggebend und nicht deren Pass. Und Jürg Wiedemann (Grüne) wies darauf hin, dass die Nordwestschweizer Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften verlange. Zusätzliche Hürden stünden da quer in der Landschaft.

Sowohl die FDP- wie die CVP/EVP-Fraktion lehnten die Motion ebenfalls ab. Und obwohl Georges Thüring Bereitschaft signalisiert hatte, seinen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, scheiterte die Überweisung mit 53 zu 21 Stimmen klar.

Diskussionslos überwiesen wurde dagegen eine Motion von Marianne Hollinger (FDP). Darin wird die Regierung beauftragt, die Erneuerung der Leistungsvereinbarungen mit der Uni und mit der Fachhochschule so auszugestalten, dass die Kostensteigerung ein gewisses Mass nicht übersteigt.

im vorzimmer

Mütter sollen nicht nur einen Tag pro Jahr geehrt werden, Vatertag ist kaum ein Bedürfnis

ROLLEN. Am kommenden Sonntag ist Muttertag. Für viele Väter und Kinder ist dies die Gelegenheit, wenigstens einmal pro Jahr die traditionellen Rollen zu hinterfragen. Sie kochen für die Mutter, beschenken sie oder bringen den Haushalt auf Hochglanz. Beliebt ist, die Mutter mit Blumen zu beglücken. Väter, die beruflich stark eingebunden sind, widmen ihrer Familie bewusst einen Tag.

Doch wie sinnvoll ist die über 100 Jahre alte Tradition des Muttertags in einer Zeit, in der die Rollen von Mann und Frau immer weniger festgeschrieben sind? Und hätten nicht auch die Väter Anrecht auf einen Tag, an dem sie geehrt werden? Diese Fragen stellte die BaZ einigen Landräten. mec



Regula Meschberger (SP). Drei Kinder.

«Verträglichkeit von Beruf und Familie»

«Eigentlich ist es verrückt, dass es den Muttertag noch braucht. Aber es braucht ihn ganz sicher noch. Wenigstens einmal im Jahr soll das Thema Verträglichkeit von Beruf und Familie aufs Tapet kommen. Persönlich geniesse ich den Tag. Meine Kinder laden mich ein – oder umgekehrt.»



Stephan Grossenbacher (Grüne). Kinderlos.

«Väter könnten weniger arbeiten»

«Viele Familien gehen am Muttertag gemeinsam mittagsessen, das sehe ich als eine Art Wirtschaftsförderung. Neben dem Muttertag wäre ein Vatertag denkbar. Damit könnte man Väter darauf hinweisen, dass sie die Möglichkeit hätten, weniger zu arbeiten und mehr für die Kinder da zu sein.»



Marianne Hollinger (FDP). Zwei Kinder.

«Väter in Muttertag einschliessen»

«Den Muttertag sehe ich als sehr traditionellen Anlass. Aber speziell etwas für die Mütter zu tun, finde ich schon gut. Frauen und Männer können heute nicht wirklich alle gesellschaftlichen Rollen ausüben. Emanzipierte, junge Familien können die Väter in den Muttertag einschliessen.»



Claudio Wyss (CVP). Drei Kinder.

«Immerhin ein kleines Zeichen»

«Der Muttertag setzt ein Zeichen gegenüber der unersetzlichen Rolle, welche die Mütter erfüllen. Es ist ein kleines Zeichen, aber immerhin. Es ist immer noch weit verbreitet, dass die Mütter die Hauptlast im Haushalt tragen. Bei uns in Liestal gilt der Banntag als offizieller Vatertag.»



Susanne Strub (SVP). Vier Kinder.

«365 Tage im Jahr Muttertag»

«Eines ist sicher: Auch am kommenden Wochenende werde ich kochen müssen. Ich finde es schön, dass meine Kinder mir am Muttertag Sachen aus der Schule mitbringen. Aber eigentlich sollten 365 Tage im Jahr Muttertage sein. Früher war ich Floristin, der Muttertag war der strengste Tag im Jahr.»